

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Riesfa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Weißen herbeisenderseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Tresden 1530,
Strolasse:
Riesfa Nr. 52.

Nr. 236.

Freitag, 7. Oktober 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Besondere Tarife, Bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontofus gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Die geplante Londoner Konferenz bis auf weiteres vertagt. Die Antworten der eingeladenen Mächte werden erst abgewartet.

Die englische Abgabe der Londoner Konferenz.

Alle Nachrichten, die aus London vorliegen, bestätigen, daß man sich in der Downing Street seit fast 48 Stunden nicht mehr den Kopf über die bestmögliche Art der Konferenzorganisation zerbricht. Man sucht jetzt nach einer Formel, hinter deren elektrischen Lautbuchstaben sich der diplomatische Mißerfolg der letzten Tage verbergen läßt. Daß es eine sehr überzeugende Formel wird, ist nicht recht glaublich. Das mysteriöse Telegramm, das den Beschluß der Londoner Konferenz völlig überraschend bereits am Mittwoch abend von London nach Berlin berichte, hat den eigentlichen Saboteur von London recht unumwunden bezeichnet. Die Konferenz scheiterte an „Derris's Überhand“. Der englische Gesandte in Berlin, Herr Derris, der Telegraphenagentur, die das Telegramm erhielt, spricht freilich auch von Schwierigkeiten, die durch den „deutschen Standpunkt“ hervorgerufen wurden. Aber hier muß wohl ein Versehen vorliegen. Ein deutscher Standpunkt, der die Konferenz von London hätte gefährden können, bestand eigentlich schon seit Mittwoch vormittag nicht mehr. In diesem Zeitpunkt nämlich wurde jene fast sensationell wirkende halbamtliche deutsche Mitteilung herausgebracht, die mit größter Klarheit auch auf den französischen Standpunkt eingieng. Wie wir bereits gestern unterrichten, erklärte sich die Wilhelmstraße sogar bereit, zu einer Acht-Mächte-Konferenz nach London zu gehen. Sie erklärte also freiwillig die Forderungen, die von der kleinen Entente und Belgien bei Derris erhoben worden waren und die auf eine Zulassung der kleinen Staaten zu den Londoner Verhandlungen hinausliefen, in gewissen Grenzen als auch für Deutschland tragbar an. Man erklärte allerdings, daß dadurch London aus einer vertraulichen Konferenz zu einer öffentlichen Abrüstungskonferenz würde. Aber man sabotierte nicht, sondern hielt die Verbindungstore offen.

Es ist vorläufig noch ein Geheimnis, warum trotz dieses deutschen Entgegenkommens, das übrigens in manchen politischen Kreisen der Reichshauptstadt recht nachdenkliches Kopfschütteln hervorrief, doch die englische Regierung die Londoner Konferenz für aussichtslos hielt. Dieser Pessimismus kann kaum durch die formalen Schwierigkeiten hervorgerufen worden sein, die sich bei den Verhandlungen zeigten. Er muß seinen Ursprung in materiellen Gegensätzen zwischen dem französischen und dem deutschen Standpunkt haben, die sich erst in Umrissen abzeichnen. Es besteht in deutschen politischen Kreisen kein Zweifel darüber, daß sich diese Schwierigkeiten aus dem neuen französischen Sicherheitspakt ergeben, der in den letzten Tagen fertiggestellt und von Derris dem englischen Außenminister Simon während seines Pariser Besuchs zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde. Dieser Pakt ist die eigentliche Hebelwirkung für London. In ihm befinden sich „unerlässliche Bedingungen“, die für Deutschland schlechterdings unannehmbar sind und die sowohl eine Vier- oder Fünf-Mächte-Konferenz, wie auch eine Sieben- oder Acht-Mächte-Konferenz zwecklos erscheinen lassen. Aus Pariser Quellen lassen sich auch bereits die Hauptgedanken dieses Sicherheitspaktes erkennen. Derris verlangt darin einen Ausbau des Konföderationspaktes, der für längere Zeit alle politischen Wünsche Deutschlands diesem Oremum unterstellt. Er fordert Internationalisierung der Militärindustrie, die den Ausbau einer eigenen deutschen Militär-Industrie zu verhindern hätte. Er verlangt ferner die Aufrechterhaltung der durch den Versailler Vertrag vorgegebenen militärischen Klauseln und will dabei nur „gewisse Änderungen“ zugelassen. Diese Änderungen sollen aber zum Ueberfluß noch einem neuen Kontroll- und Sanktionsystem unterworfen werden. Wenn also Deutschland aus Interessen seiner Sicherheit einen Umbau der Wehr ohne französische Genehmigung verlangen sollte, so würden damit automatisch diese neuen Kontrollen in Kraft treten. An ihrem Ende aber würde — feierlich noch einmal anerkannt — das Recht auf Sanktionen, d. h. auf eine neue Rheinlandsbesetzung usw. stehen.

Es bedarf keines ausdrücklichen Hinweises, daß ein solcher Sicherheitspakt von jeder deutschen Regierung, ganz gleich, wie sie zusammengesetzt ist, abgelehnt werden muß. Durch das Fernbleiben von der Abrüstungskonferenz ist Deutschland der Nähe überhoben, diese Ablehnung besonders zu formulieren. Dafür ist aber nun England eine schwierige Aufgabe zugefallen, die in Wahrheit hinter dem Zeichen nach einer Erklärung- und Vermittlungshilfe steht. Will England in Zukunft Deutschland auf die Abrüstungskonferenz zurückbekommen, so muß es Frankreich die Unmöglichkeit derartigen Sicherheitsforderungen vor Augen führen. Es muß also, ohne es im Grunde zu wollen, Deutschlands Ansprüche gegen die jedes Maß übersteigenden französischen Ansprüche durchkaufen. Nur so ist überhaupt die Abrüstungskonferenz noch zu retten. Gelingt dies nicht, wird also Deutschland die Gleichberechtigung und die Sicherheit, die es zu fordern hat, nicht ge-

Die englischen Konferenzbemühungen gehen weiter.

Paris. Der englische Botschafter hat gestern nachmittag Ministerpräsident Herriot mitgeteilt, daß das Datum der Einberufung der geplanten Londoner Konferenz verschoben worden sei. Die Verhandlung hierüber werde zwischen London und Paris in freundschaftlichem Geiste fortgesetzt.

Wie Davos aus Genf berichtet, halte man es nunmehr auch für sicher, daß der Zusammenritt des Vorstandes der Abrüstungskonferenz, der für den 10. Oktober vorgesehen war, verschoben werde. Wahrscheinlich werde Denderion, bevor er diese Sitzung aufs neue anberaume, abwarten, wie die französisch-englischen Verhandlungen über die Münfer-Konferenz verlaufen.

London. In einer vom Reuterschen Bureau am Mittwoch ausgegebenen Meldung heißt es, von amerikanischer Seite werde zu dem Plan einer Konferenz zu vieren mitgeteilt, daß die britische Regierung ihre Bepfehlungen mit den anderen Mächten fortsetze und vorbehaltlos an ihrer Absicht festhalte, eine Zusammenkunft herbeizuführen, sobald eine solche anstehende gebracht werden könne.

Berlin. Wie das Conto-Nachr.-Büro erfährt, hat der englische Geschäftsträger gestern abend im Auswärtigen Amt erneut einen Versuch gemacht. Die Bepfehlung drehte sich natürlich um die Frage der Londoner Konferenz, über-

die in den letzten 24 Stunden sehr viele widersprechende Nachrichten in der Presse erschienen sind. Von unterrichteter Seite wird festgestellt, daß eine Veränderung der Situation durch den Besuch nicht eingetreten ist. Es besteht aber stark der Eindruck, daß die Engländer den Gedanken der Londoner im engen Kreise noch keineswegs aufgegeben haben, sondern sich bemühen, doch noch etwas zustande zu bringen.

Vom deutschen Standpunkt aus ist dazu lediglich festzustellen, daß wir weiter abwarten müssen, ob die englischen Bemühungen Erfolg haben. Das ist in erster Linie eine Frage, die zwischen England und Frankreich zu klären ist. Washington. Die Londoner Bemühungen, eine private Diskussion zwischen Deutschland, England, Frankreich und Italien herbeizuführen, um Deutschlands Rückkehr zur Genfer Konferenz zu erreichen, werden im Staatsdepartement mit Interesse und mit der Hoffnung verfolgt, daß sie von Erfolg gekrönt sein werden, da man hier nach wie vor die deutsche Beteiligung an den Beratungen zur Erzielung einer allgemeinen Abrüstungsbeschränkung für wesentlich hält. Amerika, so hört man, sei zwar bisher nicht aufgefordert worden, sich an den Londoner Bepfehlungen zu beteiligen, es wäre aber möglich, daß man, falls Europa das wünschte, einen Vertreter entsenden würde.

Der Anteil Sachsens am Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Im Riesfaer Hafen sollen die Kaimauern wieder hergestellt werden. Elberegulierungsarbeiten bei Münchritz und Gohlis. — Landwirtschaftliche Meliorationen in der Amtshauptmannschaft Großenhain.

Dresden. Heute Freitag vormittag erstattete bei einer Pressebesprechung der Sachbearbeiter Ministerialrat Hoppe Bericht über den Anteil Sachsens am Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß es insbesondere den energischen Vorkämpfern des sächsischen Ministerpräsidenten in Berlin gelungen ist, einen einigermassen befriedigenden Anteil Sachsens am Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches herbeizuführen. So sollen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Elberegulierungsarbeiten bei Postz, Walewitz, Müchritz und Gohlis ausführen zu können. Im Riesfaer Hafen sollen die Kaimauern wieder hergestellt und einige weitere Arbeiten ausgeführt werden. Für landwirtschaftliche Meliorationen sind 4 Millionen Mark bereit gestellt worden. Davon werden insbesondere die Amtshauptmannschaften Großenhain, Ramenz, Bauen und Völsau profitieren. Die erforderlichen Gelder sollen zu günstigen Zinsbedingungen aus der Reichshilfe gewährt wer-

den. Für den Ausbau der Staatsstraßen soll Sachsen 9,3 Millionen erhalten, die insbesondere zum Ausbau der Fernstraßenverbindungen dienen sollen. Für die sogenannten schwarzen Straßen der Bezirksverbände sollen 2 Millionen bereit gestellt werden. Zwei weitere Millionen sollen zum Ausbau der Durchgangsstraßen der Bezirksverbände dienen. Ferner hofft man die erforderlichen Mittel zu erhalten, um die Seidenindustrie bis August 1933 fertigstellen zu können. In Freital soll die Weichers reguliert und die Stadt selbst kanalisiert werden. Weitere Mittel sollen zum Ausbau der Landesgasversorgung dienen. Ueber eine Anzahl weiterer Pläne — es handelt sich dabei in erster Linie um Aufregulierungsarbeiten — wird zur Zeit noch verhandelt. Für die Durchführung der Meliorationen sollen der freiwillige Arbeitsdienst mit herangezogen werden.

Dies stellt nur einen Auszug dar, da heute noch weiter verhandelt wird.

Londoner Konferenz vor dem Reichskabinett. Erwägungen über Maßnahmen gegen Versammlungstörungen.

Berlin. (Haußspruch.) Das Reichskabinett ist heute vormittag um 11 Uhr zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten. Es liegt auf der Hand, daß es sich in erster Linie mit den wichtigen außenpolitischen Fragen beschäftigt, die mit dem Abrüstungsproblem und den englischen Bemühungen zusammenhängen. Deutschland wieder in den Kreis der Konferenz zurückzuführen. Außerdem ist eine Reihe wirtschaftlicher und innenpolitischer Fragen akut. Ob es dabei schon heute zu Beschlüssen in der Frage der subventionierten Betriebe kommt, ist nach Ansicht unterrichteter Kreise unwahrscheinlich.

Wichtig ist auch die Frage, ob die Reichsregierung irgendwelche Maßnahmen ergreift, die geeignet sind, den Schatz politischer Versammlungen zu gewährleisten. Dieses Problem wird durch die Vorgänge akut, die sich in den letzten Tagen in einer Reihe internationaler Versammlungen ergeben haben. Praktisch kommen zwei Wege in Frage: Das ist erstens die Ausdehnung und Verschärfung der Bekämpfung von Versammlungstörungen, und zwar ist der Begriff der Sprengung nicht nur auf Täuschlichkeiten und Gewaltthaten bezogen, sondern auch auf Sprechweise und andere Störungsversuche ausgedehnt wird. Die andere

geben, so erhält die deutsche Regierung zwar nicht de jure aber de facto das Recht, selbst für die Sicherheit ihres Landes zu sorgen. Damit würde aber die europäische Verwirrung auf einen Höhepunkt gelangen, der die letzten Sanktionsfragen mit ganzer Schärfe stellen. Hier aber liegt nach Auffassung der deutschen politischen Kreise die eigentliche Stärke des deutschen Standpunktes. Nimmt man Deutschland sein Recht, dann nimmt es sich dieses Recht notgedrungen selbst. Ergreifen dann aber Frankreich und die kleine Entente Sanktionsmaßnahmen, so verschärfen sie jede Möglichkeit einer wirtschaftlichen Verzögerung und eines europäischen Wiederaufschwungs. Sie haben es dann mit der ganzen Welt abzumachen, wenn in Mitteleuropa ein neues Chaos ausbricht, ein Chaos, dessen letzte Auswirkungen auch einem sehr weit vorausdenkenden Verstande nur schwer vorstellbar sind. Gewiß, diese Vorteile einer selbständigen deutschen Außenpolitik sind ernst genug. Sie setzen vor allem auch wirtschaftliche Verteidigungsmaßnahmen voraus, die in Wahrheit als politische Willen. Sie ist ein Akt der Notwehr. Dabei freilich der Vorbehalt gemacht werden muß, daß sie wirklich mit fester Staatsmänner ihre Klaren und offenen Grundzüge gestiftet werden. Man wird gut tun, die Gedanken einer solchen Politik bei dem außenpolitischen Bewegungsbild der nächsten Wochen und Monate nicht aus den Augen zu verlieren.